https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/1370

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert - Landwirtschaft und Lebensmittel

„Auf die Bewegung kommt es an"

Unter diesem programmatischen Titel trafen sich am ersten Februar-Wochenende mehr als 120 Gentechnik-Kritiker und -Kritikerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem intensiven Austausch in Eberswalde. Eingeladen hatten fünf Vereine und Verbände, darunter das Gen-ethische Netzwerk, und die Koordination „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland". Die TeilnehmerInnen kamen aus eben diesen gentechnikfreien Regionen, aber auch aus den Verbänden und aus lokalen Gruppen ohne explizite organisatorische Anbindung. Auch die Feldbefreier und Feldbesetzerinnen waren gekommen. Nachdem am ersten Tag mit einer Reihe von Vorträgen ein aktueller Überblick über die Agro-Gentechnik-Debatten und -Auseinandersetzungen gegeben wurde, war der zweite Tag dem Austausch in Workshops vorbehalten. Nicht zuletzt über die verschiedenen Formen des Widerstandes wurde intensiv diskutiert. Über den Tellerrand konnte mit Unterstützung von Greg Massa geschaut werden. Er ist Präsident der kalifornischen Reisbauern. Massa berichtete von den Erfahrungen seiner Kolleginnen und Kollegen mit der Verunreinigung von US-Langkornreis mit gentechnischem Material, das vielen US-Farmern in den vergangenen Jahren den Export ihrer Ernten unmöglich gemacht hat. Gentechnisch veränderter Reis von Bayer, der vor Jahren in Feldversuchen getestet worden war, hatte seit 2005 praktisch den gesamten US-Markt für Langkornreis mit GVO kontaminiert. Eine Dokumentation der Tagung findet sich auf den Internet-Seiten www.gentechnikfreie-regionen.de. (pau)

Indien: Kontamination mit Bt-Reis

Die indische Organisation Gene Campaign hat im Januar eine Verunreinigung mit gentechnisch verändertem Reis in Jharkhand bestätigt, das gemeinsam mit Orissa und Chattisgarh als Ursprungsregion von Reis zählt. Dort ist auch heute noch eine besonders große Diversität an Reissorten zu finden. Die Kontamination lässt sich auf Versuche des Monsanto-Partners Mahyco zurückführen, die in der Region Freisetzungen durchgeführt hatte. Verschiedene Sicherheitsauflagen der Behörden sind nicht befolgt worden. Zum Beispiel wurden Testfelder inmitten des konventionellen Anbaus der regionalen Bevölkerung angebaut, ohne dass Schutzmaßnahmen zur Vorbeugung von Verunreinigungen ergriffen worden seien. Während der Ernte seien zudem Reste der Pflanzen auf den Feldern belassen worden - auch das ein klarer Verstoß gegen die behördlichen Auflagen. (PM 20.01.09, www. genecampaign.org, zitiert nach GENET news, im Netz unter www.genet-info.org) (pau)

Indien: Gv-Aubergine unsicher

Der französische Molekularbiologe Gilles-Eric Seralini des in Frankreich ansässigen Komitees für unabhängige Forschung und Information über Gentechnologie, CRIIGEN, hat in einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Prüfung der Zulassungsunterlagen festgestellt, dass Bt-Auberginen, wie sie in Indien für die kommerzielle Nutzung vorgesehen ist, nicht sicher zum Verzehr ist. In Fütterungsuntersuchungen haben sich signifikante Unterschiede zwischen den untersuchten Tieren der verschiedenen Versuchsgruppen gezeigt. Die gentechnisch veränderte Bt-Aubergine war mit der besten verfügbaren, das heißt möglichst ähnlichen, nicht gentechnisch veränderten Aubergine verglichen worden. Zum Beispiel wurden bei Ziegen, die mit diesen GVO gefüttert worden waren, veränderte Blutgerinnungs-Proteine gefunden, bei Kühen war die Milchproduktion reduziert und die Zusammensetzung der Milch verändert und bei Kaninchen war eine reduzierte Futteraufnahme zu beobachten. Seralini vertritt die Ansicht, die gv-Aubergine sei nicht ausreichend auf ihre Sicherheit für Umwelt und die menschliche Gesundheit getestet und sollte deshalb nicht für den kommerziellen Verkehr zugelassen werden. Auberginen geniessen in der indischen Küche einen besonderen Platz. Bt-Auberginen produzieren ein Insektengift, das ursprünglich in dem bodenlebenden Bakterium Bacillus thuringiensis vorkommt. Die Pflanzen wurden von der indischen Tochterfirma des US-Gentechnik-Konzerns Monsanto zur Genehmigung vorgelegt. (www.hinduonnet.com, 11.01.09, zitiert nach GENET news, im Netz unter www.genet-info.org; www.criigen.org) (pau)

Honig im Test

Honig aus dem deutschen Einzelhandel enthält Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen. Laut einer Untersuchung der Zeitschrift Öko-Test wurden in 11 von 24 getesteten Honigen Pollen gentechnisch veränderter (gv) Pflanzen gefunden. Betroffen ist vor allem Ware aus Mittel- und Südamerika, wo gentechnisch verändertes Soja in großem Maßstab angebaut wird. Pollen von RoundupReady-Soja enthielten beispielsweise der Langnese Sommerblütenhonig Feine Auslese, aber auch der Bio-Vielblütenhonig von Alnatura. Im Canadischen Raps-Klee Honig von Bihopar konnten Pollen von gv-Raps nachgewiesen werden. Honig von deutschen Imkern war in diesem Test nicht von Verunreinigungen betroffen, ebenso wie Produkte aus Südosteuropa und aus fairem Handel. Auch die Stiftung Warentest hat im Januar Honige geprüft, konnte jedoch in allen 35 getesteten Produkten keine Spuren von gentechnisch veränderten Pollen ausmachen. „Bei Gläsern einer anderen Charge kann das aber schon wieder anders aussehen“, so die Stiftung Warentest. Die Rechtslage bezüglich Gentechnik im Honig ist unklar: Manche Juristen vetreten die Auffassung, die gv-Bestandteile des Pollens seien nicht vermehrungsfähig undwürden deswegen nicht als gentechnisch veränderte Organismen gelten. Daher müssten diese weder zugelassen noch gekennzeichnet werden. Zudem enthält Honig nur einen Pollen-Anteil von 0,1 bis 0,5 Prozent - bei einem Grenzwert von 0,9 Prozent entfiele hier generell eine Kennzeichnung. Das Verwaltungsgericht Augsburg vertrat hier jedoch eine andere Auffassung: Nachdem ein Imker in seinem Honig gv-Bestandteile von gv-Mais der Linie MON810 entdeckt und geklagt hatte, stellte das Gericht fest, dass Honig mit Pollen des Mais MON 810 nicht verkehrsfähig ist, da MON810 keine Zulassung als Lebensmittel besitzt. (Öko-Test 1/2009; www.oekotest.de, 02.01.09; www.test.de, 22.01.09, Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts Augsburg, 30.05.08, siehe auch Notiz „Schwarzer Peter für die Imker“ im GID 188, S. 27) (ts)

Bienen verbreiten Transgene

In Kenia ist eine dreijährige Versuchsreihe zu Ende gegangen, in der das Flugverhalten von Bienen (carpenter bees) untersucht worden ist. Dabei wurden Flugdistanzen zwischen 50 und mehr als zehntausend Metern beobachtet, wobei die meisten Flüge unter 5.000 Metern lagen. Bei den Versuchen wurden die Bienen mit sehr kleinen Sendern ausgestattet. Auch wenn die Bienen im Regelfall nicht zwischen Feldern und wild wachsenden Pflanzen hin und her fliegen, sind die Forscherinnen und Forscher der Ansicht, dass eine Verhinderung von Verunreinigungen durch die Sammelaktivitäten der Bienen im Falle von kommerziellem Anbau von gentechnisch veränderten Augenbohnen (Vigna unguiculata; auch: Kuh- oder Langbohne) nicht möglich sein wird. Die Untersuchungen fanden vor dem Hintergrund einer möglichen Einführung gentechnisch veränderter Augenbohnen in verschiedenen westafrikanischen Ländern, darunter

Burkina Faso, Ghana und Nigeria statt. (Pasquet R. S. et al.: „Long-Distance Pollen Flow Assessment Through Evaluation of Pollinator Foraging Range Suggests Transgene Escape Distances". Proceedings of the National Academy of Sciences PNAS, Band 105, Nummer 38, zitiert nach „Science for Environment Policy", Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, wöchentlicher Newsletter, Spezial-Ausgabe GMOs, Dezember 2008) (pau)

Imker streiten

In den Imkerverbänden hat es in den vergangenen Wochen heftig rumort. Dies soll an der Unzufriedenheit der Verbände und ihrer jeweiligen Basis mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den Bieneninstituten liegen. Diese seien zu sehr mit der Agro-Industrie verbunden. Das jedenfalls schrieben die Vorsitzenden des Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbundes (DBIB), Manfred Hederer, und des Deutschen Imkerbundes, Peter Maske, in ihrem gemeinsamen Begrüßungsschreiben an die neue Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Was folgte war eine mittlere Medienschlacht und verschiedene zurückgetretene Beiräte und Vorstände in den Verbänden, in den die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Bieneninstitute oft vertreten sind. Doch in der Sache bleibt die Kritik bestehen und die beiden Vorsitzenden konnten sich um den Jahreswechsel ihrer Mehrheiten in den Verbänden vergewissern. Der Berufsimkerbund, DBIB, hat Teile dieser Kritik auch in ein neues Positionspapier eingebracht, das seit Dezember vorliegt. Darin heißt es mit Bezug auf die Agro-Gentechnik unter anderem: „Auch die Agro-Gentechnik birgt weitere, bislang nicht abgeklärte Gefahren für die Bienen, aber ebenso auch für den Verkauf von Honig und anderen Bienenprodukten." (www.honighaeuschen.de, 02.01.09; www.berufsimker.de) (pau)

Neue EU-Ökoverordnung

Seit dem 1. Januar 2009 gilt die neue EU-Ökoverordnung 834/2007. Sie regelt unter anderem den Umgang mit der Gentechnik. Deren Anwendung bleibt im Ökolandbau - mit zwei Ausnahmen - verboten: Weder gentechnisch veränderte Organismen (GVO) selbst, noch aus GVO oder durch GVO hergestellte Erzeugnisse dürfen eingesetzt werden. Die Ausnahmen betreffen Tierarzneimittel, die durch GVO hergestellt wurden sowie Zusatzstoffe für Lebens- oder Futtermittel, wenn diese verwendet werden müssen und nicht in gentechnisch unveränderter Form auf dem Markt erhältlich sind. Für biologische Lebens- und Futtermittel gilt derselbe Grenzwert wie für konventionelle Ware: Ab einer Verunreinigung von 0,9 Prozent verliert ein Produkt seinen Biostatus und muss als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden. Verunreinigungen unterhalb dieses Grenzwerts werden jedoch toleriert, wenn nachgewiesen werden kann, dass diese unvermeidbar oder zufällig eingetreten sind. (www.boelw.de/rechtstexte. html) (ts)

„Urkundenfälscher" sammeln Spenden

Ein Brief des Bundesverbandes deutsche Pflanzenzüchter (BDP) sorgt in der Landwirtschaft für Unruhe. In diesem wirbt der BDP um Spenden für die Stiftung „Sichere Landwirtschaft", deren Zweck darin besteht, Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu schützen und gegebenenfalls - durch den Vandalismus von Gentechnik-KritikerInnen - geschädigte Landwirte zu unterstützen. Aber, wie sich herausstellte, alles Fake, eine Fälschung von Unbekannten. Dies schreibt der BDP auf seiner Internetseite. (PM BDP, 26.01.09, www.bdp-online.de) (pau)

Roundup schädigt Zellen

Rückstände des Herbizids Roundup können menschliche Zellen schädigen. Dies ergab eine Studie eines französischen Forscherteams der Universität Caen. Unter dem Handelsnamen Roundup vertreibt das Unternehmen Monsanto eine Serie von Totalherbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat. Die Forscher untersuchten die Wirkung von vier dieser Herbizide auf unterschiedliche menschliche Zellen. Noch bei

100.000-facher Verdünnung führte der Einsatz in 24 Stunden zu einem völligen Zellsterben, die Zellatmung wurde blockiert und DNA-Schäden hervorgerufen. Zudem stellten die Forscher fest, dass bestimmte Zusatzstoffe in der Rezeptur die schädliche Wirkung des Glyphosats noch vervielfältigten, weil sie die Zellmembranen durchlässiger machten. Diese Effekte würden von der Gesetzgebung bisher nicht berücksichtigt, so Séralini, einer der Forscher. Denn bei der Zulassung und der Festlegung von Grenzwerten werde der Wirkstoff Glyphosat isoliert betrachtet. Roundup wird von Monsanto unter anderem in Kombination mit Saatgut (vor allem RoundupReady-Soja) verkauft, das gentechnisch so verändert wurde, dass es die Anwendung des Herbizids übersteht. In den meisten der gentechnisch veränderten Pflanzen, die für Lebens- oder Futtermittel eingesetzt werden, können Rückstände von Roundup auf oder über dem untersuchten Niveau nachgewiesen werden. Rückstände in dieser Konzentration sind nach Gesetzgebung der EU sowohl in Lebens- als auch in Futtermitteln erlaubt. (Nora Benachour und Gilles-Eric Séralini: Glyphosate Formulations Induce Apoptosis and Necrosis in Human Umbilical, Embryonic, and Placental Cells, Chemical Research in Toxicology, 2009, 22 (1), pp 97–105, http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/tx800218n; PM CRIIGEEN, 1/09, www.criigen.org; PM Global 2000, 14.01.09) (ts)

Gv-Pflanzen in Hessen

Professor Wolfgang Friedt von der Universität Gießen hat weitere Sortenversuche mit gentechnisch veränderten Maissorten angekündigt. Die Uni werde solche Tests auch in Zukunft durchführen, allerdings nicht in der Nähe von Sortenversuchen konventioneller Maissorten. Im letzten Jahr hatte sich massiver Protest formiert, als ein geplantes Versuchsfeld mit gentechnisch verändertem Mais in Rauischholzhausen bekannt geworden war. Die Uni hatte später auf den Anbau verzichtet. Der Versuch mit gentechnisch veränderter Gerste, der im letzten Jahr durch eine Feldbesetzung verhindert und 2007 durch Feldbefreier beendet worden war, soll in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Vertreter der Gießener Protestbewegung gegen die Gen-Gerste haben trotz der Verlegung ihren Widerstand angekündigt. Zudem haben sie eine detaillierte Einwendung gegen diesen Versuch geschrieben, die im Netz zum Herunterladen bereitsteht. Der bisherige Versuch war nur bis 2008 und nur für ein bestimmtes Grundstück in Gießen genehmigt, insofern ist die Verlegung nach Groß-Lüsewitz ein neuer Freisetzungsversuch, gegen den bis zum 13. März 2009 in einem eigenen Verfahren Einwendungen vorgebracht werden können. (www.op-marburg.de, 29.12.08; www.projektwerkstatt.de) (pau)

Umfrage: Gentechnikfreie Milch

Deutsche Verbraucher möchten, dass Milchkühe kein gentechnisch verändertes (gv) Futter bekommen. Laut einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie der Gesellschaft für Konsumforschung sprachen sich 85 Prozent von 1.000 Befragten für gentechnikfreie Futtermittel aus. Zwei Drittel würden sich beim Einkauf für Milch mit dem Label „Ohne Gentechnik“ entscheiden, wenn sie die Wahl hätten. 80 Prozent wären auch bereit, einen höheren Preis für diese Milch zu bezahlen. Die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung kann seit Mai 2008 für Milch, Fleisch und Eier verwendet werden, wenn die Tiere, von denen diese Produkte stammen, nicht mit gv-Pflanzen gefüttert worden sind. (www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/theme… nik_01.pdf) (ts)

CBG: Glufosinat verbieten!

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) hat das sofortige Verbot des Herbizids Glufosinat gefordert. Das Herbizid, das vom Bayer-Konzern unter den Handelsnamen Basta und Liberty vertrieben wird, steht auf der Liste der Pestizide, die nach dem Willen der Europäischen Union in naher Zukunft - höchstwahrscheinlich, wie es bei der CBG heißt - vom Markt verschwinden sollen. Mit der Frist der neuen EU-Pestizidregeln für die Umsetzung in nationales Recht der Mitgliedstaaten bis zum Jahre 2011 und einer Sonderklausel für unverzichtbare Pestizide mit weiteren fünf Jahren Verzögerung, rechnet die CBG mit dem

Verschwinden von Glufosinat im Jahre 2016. Gleichzeitig weist die Nichtregierungsorganisation darauf hin, dass fünf andere Bayer-Wirkstoffe ebenfalls auf dieser Liste erscheinen. Die Liste umfasst 23 der 507 in der EU zugelassenen Ackergifte. „Große konkrete Folgen hätte vor allem der Bann von Glufosinat", so die CBG weiter. Bayer hat auch Glufosinat-resistente gentechnisch veränderte Pflanzen im Angebot, die so genannten Liberty-Link-Pflanzen. Deren Verbot beziehungsweise Nicht-Zulassung schließt die CBG in ihren aktuellen Forderungskatalog mit ein. (PM CBG, 15.01.09; Stichwort Bayer, Ausgabe 1, 2009, www.cbgnetwork.org) (pau)

Kritik an Kennzeichnungsregel

Die „Ohne Gentechnik"-Kennzeichnung ist im Anschluss an eine Online-Befragung der Universität Gießen wieder einmal in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Fast 80 Prozent der befragten 1.012 Verbraucher erwarten laut Umfrage bei einer solchen Kennzeichnung den völligen Verzicht auf Gentechnik bei der Herstellung des Produkts. Vertreter der Lebensmittelwirtschaft sowie der CDU wittern nun Verbrauchertäuschung: Denn Rind- und Schweinefleisch dürfe auch dann mit „Ohne Gentechnik" gekennzeichnet werden, wenn die Tiere nur die letzten zwölf beziehungsweise vier Monate kein Futter mit gentechnisch veränderten (gv) Bestandteilen erhalten haben. Außerdem dürften dem Tierfutter Vitamine und Aminosäuren, die von gentechnisch veränderten Mikroorganismen erzeugt worden sind, zugesetzt werden. Umwelt- und Verbraucherverbände haben daraufhin eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht. Darin machen sie deutlich, dass das seit dem 1. Mai 2008 eingeführte Label keineswegs irreführend ist. Der Gesetzgeber habe sich bei den Umstellungsfristen für die gentechnikfreie Fütterung an den strengen Fristen für den ökologischen Landbau orientiert. Zudem seien nur Zusatzstoffe, Aromen und Vitamine zugelassen, die in geschlossenen Anlagen mit gv-Mikroorganismen hergestellt wurden, aber selbst keine gv-Bestandteile enthalten. Das Label eröffne den Verbrauchern außerdem mehr Wahlfreiheit. Dass Gentech-Lobbyisten und Teile des Lebensmittelhandels sich gegen diese Kennzeichnung wehren, sei nachvollziehbar. Händler befürchten zu Recht, so die Verbände, dass sie den Kunden offenlegen müssen, was es mit den Produkten ohne Label auf sich hat, dass nämlich Milch, Fleisch und Eier oft mit Gentechnik hergestellt werden. Schlecht für's Geschäft, denn 70 Prozent der Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. (http://db.zs-in tern.de/uploads/1232982955-08_12_uni_gies sen_umfrage_ohne_gentechnik.pdf; Stelllungnahme der Verbände, www.gen-ethisches-netzwerk.de/stelllungnahmen) (ts)

Anmeldungen von gv-Mais

In Deutschland wird in diesem Jahr vermutlich deutlich weniger Fläche mit gentechnisch verändertem Mais bepflanzt als im Vorjahr. Das lassen die Anmeldezahlen vermuten, die man Mitte Februar im so genannten Standortregister findet. Landwirte, die den gentechnisch veränderten (gv) Mais pflanzen wollen, müssen diese Absicht drei Monate vor dem geplanten Termin anmelden. Dafür wurde beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebenmsmittelsicherheit das Standortregister eingeführt, das - abgesehen von bestimmten persönlichen Daten - öffentlich zugänglich ist und die Flächen flurstückgenau zeigt, wenn auch nicht mit entsprechendem Kartenmaterial. Mitte Februar dieses Jahres sind es 3.700 Hektar für ganz Deutschland - weniger als ein Prozent der gesamten Mais-Anbaufläche. Die größte Verbreitung findet gv-Mais in Ostdeutschland: Brandenburg liegt mit angemeldeten etwa 1.650 Hektar vorn, gefolgt von Sachsen mit knapp 1.000 Hektar, Mecklenburg-Vorpommern (knapp 800) und Sachsen-Anhalt mit weniger als 200 Hektar. Im letzten Jahr lag die angemedete Fläche Mitte Februar bei 4.500 Hektar, mit gv-Mais bepflanzt wurden dann aber nur 3.100 Hektar. Einer der Gründe für diesen Rückgang liegt in der Tatsache, dass Landwirte zunächst eine größere Fläche anmelden, um Ende April gegebenenfalls auswählen zu können, auf welchem Acker sie den Genmais anbauen. (Standortregister unter: http://194.95.226.237/ stareg_web/showflaechen.do) (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:

GID Ausgabe 192 vom März 2009
Seite 20 - 22